

Kultur in EUROPA

Christian Höppner im Gespräch mit Helga Trüpel

Bei vielen Kultur- und Wirtschaftspolitikern ist die UNESCO-Konvention zum Schutz der Förderung der Kulturellen Vielfalt kaum im Bewusstsein verankert. Damit sie nicht zu einer „Schubladenkonvention“ verkommt, muss sie im politischen Alltag mehr eingebunden werden. Die Parlamentarierin über Digitalisierung, Kultur als eigenständige Säule im europäischen Haushalt und kulturelle Identitäten.

— **Wie definieren Sie Kulturelle Vielfalt?**

Kulturelle Vielfalt definiere ich so, dass es eine wirkliche Sensibilität, Wertschätzung und Anerkennung sehr verschiedener Kulturen gibt. Die Vielfalt meint sprachliche Vielfalt, Vielfalt kulturhistorischer Traditionen, Vielfalt der Regionen mit ihrer jeweiligen kulturellen Produktion, Vielfalt der Religionen und Ethnien. Also alles, was die Vielfalt unseres Lebens in einer modernen, komplexen Gesellschaft ausmacht.

— **Spiegelt die UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen diese Definitionen, die Sie gerade angegeben haben, auch wider?**

Ja, das verstehe ich so. Bei den Auseinandersetzungen im Zuge der Ratifizierung der UNESCO-Konvention ging es gerade auch um Fragen wie ihre Anwendbarkeit im europäischen Binnenmarkt oder ihre Bedeutung für die auswärtige Kulturpolitik der Europäischen Union. Ich interpretiere die Konvention in diesem Sinne, dass das Erbe der Kulturellen Vielfalt, das

wir haben, geschützt aber auch weiterentwickelt werden muss. Wenn wir kulturpolitisch argumentieren, dann argumentieren wir sehr oft mit diesem Begriff der Kulturellen Vielfalt, z. B. in unseren aktuellen Debatten zur Zukunft der Frequenzpolitik, den Interessenkonflikten zwischen Rundfunk, insbesondere öffentlich-rechtlichen und den Anforderungen der neuen, kapitalkräftigen Telekommunikationsgesellschaften, die an die Funkfrequenzen heran wollen.

— **Taugt die Idee der deutschen Content Allianz als Modell für vergleichbare Aktivitäten auf der europäischen Ebene?**

Diese Allianz reflektiert den Grundwiderspruch zwischen Urheberschutz und Nutzerinteressen im Internet. Also zwischen denjenigen, die die Qualität der professionellen, urheberrechtlich geschützten kulturellen Inhalte verteidigen und denjenigen, die das Urheberrecht abschwächen wollen, um es „nutzerfreundlicher“ zu gestalten. Ich bin da sehr auf der Seite derjenigen, die eine nachhaltige Finanzierung Kultureller Vielfalt fordern

und deswegen von dem Grundprinzip ausgehen, dass für urheberrechtlich geschützte Inhalte im Netz bezahlt werden muss.

Die Argumente der Netzgemeinschaft gehen genau andersherum. Die sagen: Das, was jetzt im Netz passiert, und die Tatsache, dass aus den Usern im Grunde Producer werden, ist die schöne neue digitale Welt mit viel mehr Kultureller Vielfalt und Freiheit als bisher. Die Urheberrechte der Künstler werden in dieser Perspektive gering geschätzt. Meine Politik zielt darauf ab, einfachen, aber bezahlten Zugang zu urheberrechtlich geschützten Inhalten im Netz zu erreichen.





Helga Trüpel

Helga Trüpel (geb. 1958), promovierte Literaturwissenschaftlerin, gehörte von 1991 bis 1995 dem Bremer Senat als Senatorin für Kultur und Ausländerintegration an. Von 1987 bis 1991 und erneut von 1995 bis 2004 war sie Abgeordnete der Bremischen Bürgerschaft. 2004 und 2009 wurde sie als Abgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in das Europäische Parlament gewählt. Sie ist dort Vizepräsidentin des Kultur- und Bildungsausschusses, haushaltspolitische Sprecherin und Koordinatorin der Grünen im Haushaltsausschuss sowie Mitglied der China-Delegation des Europäischen Parlaments.

— Absolut nachvollziehbar, denn wenn ein Urheber von seiner Arbeit nicht mehr leben kann, dann ist auch das Wachsen kreativer Inhalte natürlich massiv in Frage gestellt.

Ja, das sehe ich auch so. Deswegen muss es auch legale Angebote im Netz geben, bei denen man die Angebote, die man konsumiert, nach Data-traffic bezahlen muss. Es gibt da diese netzaffine Argumentation, die sagt, dass sich das sozial schwache Menschen nicht leisten könnten. Die ganze Wertschöpfung müsse dann anders funktionieren also entweder über Konzerte oder Merchandising oder durch gesetzlich geregelte Kulturflrates. Aber bei keinem der bisher diskutierten

Konzepte und Modelle sehe ich derzeit, wie es wirklich funktionieren soll. Es muss in jedem Fall ein Ausgleich zwischen den Nutzerinteressen und den Interessen der Künstler gefunden werden.

— Sehen sie in der sehr stark nutzerorientierten Diskussion eine ähnliche Entwicklung auf europäischer Ebene? Besteht überhaupt noch eine Chance, diesen Standpunkt, den sie formuliert haben, politisch durchzusetzen?

Die Diskussion ist in vielen anderen europäischen Ländern fast fortgeschrittener als in Deutschland: Free-culture-Aktivisten stellen die Konzeption des geistigen Eigentums in Frage und sehen das als eine zutiefst zu begrüßende Veränderung in der Kulturproduktion. Das Kollektiv ersetzt in dieser Denkweise das Individuum. Als grüne Kulturpolitikerin, die sich schon immer für die Belange von Kulturschaffenden eingesetzt hat, teile ich diese Auffassung nicht. Ich glaube, dass man an der Konzeption des geistigen Eigentums festhalten muss, damit Künstler und Kreative kurz-, mittel- und langfristig von ihrer Ar-

beit leben können. Bei sozialen Problemlagen muss eine Gesellschaft einen sozialen Ausgleich anbieten. Stichwort: Befreiung von der GEZ für ALG-II-Empfänger. Auch in der digitalen Welt muss das Prinzip von Geben und Nehmen gelten. Die Forderung, File-sharing-Börsen zu legalisieren, auch wenn sie kommerzielle Auswirkungen haben, teile ich ebenfalls nicht. Es ist jedoch ein ganz bestimmter Trend in der Gesellschaft und wird auch von den neuen amerikanischen Monopolisten wie Google vertreten. Hier sind neue Geschäftsmodelle entstanden, denen es zu pass kommen würde, wenn sie unbegrenzt alles digitalisieren könnten. Das Urteil des New Yorker Richters zum eBook-Settlement, das besagt, dass Google nicht einfach so weitermachen kann, ohne die Rechteinhaber und Autoren zu befragen, ist daher sehr interessant und begrüßenswert. Noch gibt es zu dieser Debatte große politische Auseinandersetzungen in Brüssel – auch innerhalb der EU-Kommission. EU-Kommissar Michel Barnier ist eher für die Urheberrechte und die Rechte der Autoren, während



© Mikkel William Nielsen

EU-Kommissarin Neelie Kroes eher für die ganz schnelle Entwicklung der digitalen Gesellschaft und der digitalen Wirtschaft ist. Diese Auseinandersetzung dauert an und ist noch nicht ausgestanden. Barnier wird im nächsten Jahr Vorschläge zur Zukunft digitaler Verwertungsgesellschaften und der Konzeption Copyright in der digitalen Welt machen: Dann wird man ein bis zwei Jahre debattieren und versuchen, Gesetze zu machen. Dieser gesamte Prozess muss mit großer Aufmerksamkeit und kritisch begleitet werden.

— Die UNESCO-Konvention zum Schutze der Förderung der Kulturellen Vielfalt könnte durchaus ein Beitrag in der Diskussion sein, gerade mit den drei Grundsäulen: Schutz und Förderung des kulturellen Erbes, zeitgenössische, künstlerische Ausdrucksform, einschließlich der Jugendkulturen und die Kulturen anderer Länder in dem jeweiligen Land, also der interkulturelle Aspekt. Ich habe die Sorge, dass sie zu einer Schubladenkonvention verkommt. Ich weiß, dass über 100 Staaten sie ratifiziert haben und ich halte sie auch für ein sehr wertvolles Instrument, aber hierzulande kennt kaum einer sie und sie wird vor allem nicht als politisches Handlungsinstrument benutzt. Welche Chance sehen Sie, dass die Konvention Wirkung entfalten kann vor Ort, da, wo letztendlich Kulturelle Vielfalt sichtbar und erlebbar wird?

Auf der europäischen Ebene, gerade im Kulturausschuss des Europäischen Parlaments, haben wir bei aktuellen Konflikten – beispielsweise zur digitalen Welt –

immer mit dieser Konvention argumentiert und auf sie verwiesen. Für uns ist sie ein wichtiges Instrument. Aber sie haben natürlich Recht, dass die nationalen oder lokalen Akteure damit nicht so selbstverständlich umgehen. Auch in Berlin ist debattiert worden, wie man eigentlich sicherstellen oder verbessern kann, dass es ein Bewusstsein für diese Konvention gibt, weil alle die Gefahr einer „Schubladenkonvention“ sehen. Und das heißt natürlich, dass alle Akteure – die internationalen, die europäischen, die nationalen und die lokalen – damit immer im politischen Alltag umgehen müssen. Ein paar Akteure in Deutschland wissen um die Konvention, aber ich würde Ihre Einschätzung teilen, dass sie nicht besonders präsent ist und dass auch viele Kulturpolitiker oder gar Wirtschaftspolitiker, für die das ja genauso relevant wäre, nicht immer damit umgehen.

— Zur EU 2020: Besteht aus ihrer Sicht eine „Gefahr“, dass die Kultur nicht mehr als eigenständiges Programm erhalten bleibt, sondern mit anderen Bereichen zusammengelegt wird?

Es sieht hinsichtlich der nächsten finanziellen Vorausschau so aus, dass es einen ganz anderen Zuschnitt der Kategorien dieses europäischen Haushalts gibt. In der EU-2020-Strategie werden unter Wettbewerbsfähigkeit auch die Kreativindustrien betont.

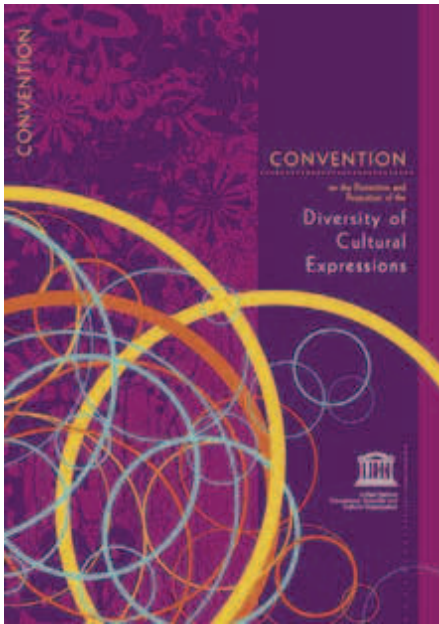
Im Moment sehe ich noch nicht, dass insgesamt das Kulturprogramm so untergeht, dass es nicht mehr eine eigenstän-

dige Säule darstellt. Aber es gibt dazu durchaus Debatten in Brüssel und entsprechende Befürchtungen. Wir werden da aufpassen. Die Gefahr besteht immer, dass mit einer Strategie versucht wird, diesen Bereich zu betonen, aber dass unter dem Finanzdruck auch etwas zusammengeschmissen wird. Das muss man aus meiner Sicht und aus Sicht des Kulturausschusses verhindern.

Aber Großbritanniens Premierminister David Cameron hat angekündigt, dass er am liebsten hätte, dass der europäische Haushalt eingefroren wird oder am besten sinkt. Und wenn das wirklich passiert, wird der Druck auf diese Programme stark sein, weil z. B. die Lobbyinteressen der Bauern und anderer leider stärker sind. Und deswegen wird es in den nächsten Jahren bis zur wahrscheinlichen Abstimmung Ende 2013 über die nächste finanzielle Vorausschau ein ziemlich harter Kampf.

— Der Themenschwerpunkt des *Musikforums*, in dem wir auch dieses Interview veröffentlichen lautet: „Burnout im Mutterleib – Überfördern wir unsere Kinder?“ Sehen sie diese Entwicklung auch auf europäischer Ebene, dass immer mehr ehrgeizige Eltern aus der Angst um eine berufliche Zukunftschance, mit der Förderung frühestmöglich beginnen? Es gibt auch schon pränatales Musizieren z. B., weil sich die Ansicht breit macht, angeblich macht Musik klug, oder Musizieren klug und Musik hören klug. Sehen sie solche Entwicklungen auch auf europäischer Ebene?

UNESCO-Konvention zum Schutze
der Förderung der Kulturellen Vielfalt



Interkulturelle
Verständigung



© Daniela Andreea Spyropoulos

Generell sehe ich das schon so in der Mittelschicht. Es ist auch sehr schichten-spezifisch, wer seine Kinder wie fördert oder auch welchen Druck macht oder Erwartungen und Ehrgeiz mit seinen Kindern verbindet. Ich muss gestehen, dass ich das in Bezug auf alle Länder gar nicht genau beurteilen kann. In Deutschland würde ich mit Sicherheit sagen, dass es in den letzten Jahren eine Verschärfung dieses Trends gegeben hat, natürlich auch mit der Reduzierung der Zeit bis zum Abitur. Ich selber habe auch eine Tochter, die jetzt diese zwölf Jahre bis zum Abitur macht. Insbesondere in der Mittelstufe wird ein unglaublicher Druck auf die Kinder ausgeübt. Das sehe ich sowohl politisch als auch als Mutter mit den allergrößten Bedenken. Aber es ist alles lange nicht so schlimm wie in China, wo ich öfter bin und hier habe ich auch mit chinesischen Studenten zu tun. Dort trifft man ganz andere Grundhaltungen, Haltungen, die man sich nicht wünschen kann. Ich glaube, dass es wichtig ist, dass Kinder und Jugendliche wirklich eigene Zeit haben, für Kreativität, aber auch für Entspannung. Lerntheoretisch weiß man, dass man Ruhephasen braucht, um letztendlich auch besser lernen zu können und verschiedene – nicht nur kognitive – Fähigkeiten ausbilden zu können. In Deutschland sind in den letzten Jahren die musischen Fächer und die künstlerischen Fächer tendenziell abgebaut worden. In Studien ist zu lesen, dass das, was Gesellschaften eigentlich kreativ macht und für sie wichtig ist, eine ganzheitliche

Bildung ist. Für die Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts ist dies noch wichtiger als vorher.

— **Sehen sie in Bezug auf China oder andere Länder, dass Kultur einerseits eine europäische Identität darzustellen vermag und andererseits aber auch, die Kultur ein Türöffner im Verstehen des anderen sein kann? Sicher ist die rote Linie die Frage der Menschenrechte, aber darüber hinaus gibt es noch ein breites Spektrum, oder überfordern wir die Kultur damit?**

Die Bedeutung des Individuums, die Wertschätzung des Einzelnen ist in China nicht so ausgeprägt wie in Europa. Es gibt ein europäisches Selbstverständnis, aber keine Leitkultur. Europäisches Selbstverständnis ist, dass man zivile Wege der Konfliktbearbeitung finden muss. Ich habe gerade mit der ungarischen Philosophin Agnes Heller gesprochen, die auch in China an Universitäten unterrichtet hat und die ebenfalls europäische, australische und amerikanische Universitäten gut kennt. Sie sagt, dass in Chinas Universitäten topdown unterrichtet wird und man auch die Studenten nicht einlädt, sich eine eigene Meinung zu bilden. Das markiert einen gravierenden Unterschied zu den demokratischen Ländern. Wenn man ein demokratisches Kulturverständnis hat, dann geht es darum, die eigenen Werte wertzuschätzen, aber offen zu sein, den anderen zu verstehen, besonders über kulturelle Äußerungen. Also: Wie ist meine Musiktradition, wie ist mein Musikgeschmack, wie ist es in

anderen Ländern oder bei Literatur und Poesie? Das sind natürlich Chancen, sich des eigenen kulturellen Erbes zu vergewissern und sich mit anderen zu verständigen oder zu vergleichen, sich abzusetzen, sich anzunähern, also alle diese Prozesse des interkulturellen Dialogs, der interkulturellen Verständigung wirklich zu ermöglichen.

— **Könnten Sie sich vorstellen, dass man in Fortsetzung der Bemühungen dieser Kraftfelder, die es auch auf europäischer Ebene gibt, auch eine UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung der kulturellen Bildung entstehen könnte?**

Wünschenswert im Sinne der kulturellen Bildung und der Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern und durch das ganze Erwachsenenleben hindurch wäre das mit Sicherheit. Ob man nach der Kraftanstrengung mit der UNESCO-Konvention zur Kulturellen Vielfalt diese Mehrheiten zusammenbekommt? Ich wäre da zumindest skeptisch.